

## Atomwaffen in Deutschland

	Direktzitate aus den Wahlprogrammen	Kommentar Ingrid Koschmieder
CDU-CSU	„Wir stehen dafür, dass Deutschland sich entschlossen zur Fortsetzung seiner nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO bekennt und die notwendigen Mittel dafür bereitstellt.“ Zeile 173-175	Das Ziel von CDU/CSU ist es, die ausführende Rolle beim möglichen Atomwaffeneinsatz vom Fliegerhorst Büchel zu behalten, 2% der jährlichen Wirtschaftsleistung Deutschlands zwingend in die Bundeswehr zu investieren und insgesamt 10% der „militärischen Fähigkeiten“ der Nato bereit zu stellen.
SPD	„Vor der Entscheidung über ein Nachfolgesystem des Kampfflugzeugs Tornado* setzen wir uns für eine gewissenhafte, sachliche und sorgfältige Erörterung der technischen nuklearen Teilhabe ein.“ Seite 63	Die SPD formuliert als selbsternannte „Friedenspartei in Deutschland“ (61) nicht das Ziel, die sog. nukleare Teilhabe zu beenden. Die „Nukleare Teilhabe“ verstößt gegen den Atomwaffensperrvertrag, den Deutschland 1976 unterzeichnet hat. <a href="https://www.isw-muenchen.de/2020/07/die-atomare-teilhabe-deutschlands-und-die-gefahr-eines-atomkrieges-in-europa/">https://www.isw-muenchen.de/2020/07/die-atomare-teilhabe-deutschlands-und-die-gefahr-eines-atomkrieges-in-europa/</a>  <i>*Deutsche Tornado-Kampfflugzeuge sind bisher dafür vorgesehen, im Ernstfall vom Standort Büchel aus mit Bundeswehripiloten Atombomben ins (russische) Ziel zu tragen. Als Nicht-Atomwaffenstaat stellt diese „nukleare Teilhabe“ Deutschlands am potentiellen US-Atomwaffeneinsatz eine eklatante Verletzung des Grundgesetzes und des Völkerrechts dar.</i>
Grüne	„Wir wollen ein Deutschland frei von Atomwaffen und einen Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag. ... in der kommenden Legislaturperiode [wollen wir] folgende Prozesse initiieren: eine internationale Initiative zur Reduzierung der Zahl von Atomwaffen, einen Verzicht der NATO auf jeden Erstschlag und eine breite öffentliche Debatte über die veralteten Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges.“ Seite 249-250  „... Eine Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Kontinent lehnen wir ab.“ Seite 249	Klingt erst mal gut! Wie passt das aber zur – konventionellen und teils atomaren – Aufrüstung der NATO-Staaten, einschließlich Deutschlands selbst?? Das Wahlprogramm der Grünen enthält keine Forderungen, die sich gegen die konkreten kurz- und langfristigen Aufrüstungsvorhaben Deutschlands im konventionellen Bereich richten. Allenfalls Rüstungskontrolle wird gefordert, was lediglich ein geregeltes gegenseitiges Beobachten bedeutet. Das enorme Übergewicht der NATO gegenüber Russland würde festgeschrieben.  Atomare Abrüstung auf gleiches Niveau oder auf Null, erfordert Gleichstand auf konventioneller Ebene, sonst herrscht ein strategisches Ungleichgewicht. Hier fehlt bei den Grünen das Vorhaben, die Bundeswehr abzurüsten und die Aufforderung an die NATO dies auch zu tun.
Linke	In Deutschland lagern im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO noch immer Atomwaffen. Die nukleare Teilhabe innerhalb der NATO muss beendet werden. Die US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden. Es dürfen keine weiteren Atomwaffen in Deutschland stationiert werden. Die Bundesregierung darf keine Trägersysteme und Pilot*innen dafür bereitstellen. Seite 137	
FDP	Über Atomwaffen auf deutschen Boden steht im FDP-Wahlprogramm: nichts.	Die FDP räumt durchaus die wieder zunehmende Gefahr durch Nuklearwaffen ein. Deshalb bekennt sie sich zum langfristigen Ziel einer

		<p>atomwaffenfreien Welt (69), sieht zugleich aber keinen Widerspruch zur transatlantischen Partnerschaft (72). Die FDP steht „uneingeschränkt zur NATO“, weil die ein „konkurrenzlos erfolgreiches Sicherheitsbündnis“ sei (69).</p>
AfD	<p>Ziel muss der Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland, aber auch der auf Deutschland gerichteten atomaren Kurzstreckenwaffen sein. Damit würde die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik obsolet. Seite 65</p>	<p>Für die NATO ist der atomare Erstschatz nach wie vor ein „unverzichtbares Instrument“. Bezeichnet als „Präventiv-Angriff“ mit Nuklearwaffen soll damit der mutmaßlichen Verbreitung von atomaren und anderen Massenvernichtungswaffen begegnet werden.  <a href="http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Atomwaffen/generale2.html">http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Atomwaffen/generale2.html</a>  Nach der Nukleardoktrin Russlands werden Atomwaffen ausschließlich zur Abschreckung eingesetzt, als Reaktion auf einen Angriff oder wenn es trotz aller Anstrengungen nicht gelingt, die „Verschärfung der zwischenstaatlichen Beziehungen zu verhindern“. Zu den Gefahrszenarien zählt Russland auch „die Stationierung von Atomwaffen und ihrer Trägersysteme auf dem Territorium von Nicht-Kernwaffenstaaten“ – wie in Deutschland der Fall.  <a href="https://de.rbth.com/wissen-und-technik/83789-russland-neue-bedingungen-einsatz-von-atomwaffen">https://de.rbth.com/wissen-und-technik/83789-russland-neue-bedingungen-einsatz-von-atomwaffen</a>  Doch für die AfD gehört die NATO-Mitgliedschaft zu den „zentrale(n) Elemente(n) unserer Sicherheitsstrategie.“(62) Die damit gemeinte „Sicherheit“ kann sich in Europa eigentlich nur auf Sicherheit vor einer unterstellten Bedrohung durch Russland beziehen. Dazu kommt, dass für die AfD unverrückbar die USA „derzeit der stärkste Bündnispartner Deutschlands“ (ebd.) sind. Diese Festlegungen lassen das Ziel des Atomwaffenabzugs aus Deutschland als unglaublich erscheinen.</p>

## Drohnen, KI-gestützte Waffensysteme

	Direktzitate aus den Wahlprogrammen	Kommentar Ingrid Koschmieder
CDU-CSU	<p>„Zum Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten im Einsatz setzen wir uns für die militärisch heute selbstverständliche Bewaffnung von Drohnen ein. Die jüngsten Kämpfe um die Region Bergkarabach haben deutlich gemacht, wie stark kriegerische Auseinandersetzungen von Drohnen geprägt werden.“ Zeile 336-339</p> <p>„Wir wollen ... wirksame Fähigkeiten der Bundeswehr zur Drohnenabwehr, Luftverteidigung und zum elektronischen Kampf deutlich stärken. Die Kosten für militärische Beschaffungen wollen wir durch die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Rüstungsprojekte mit europäischen Partnern begrenzen. Dabei wollen wir eine leistungsfähige wehrtechnische Industrie in Deutschland erhalten. Wir wollen die für die europäische Verteidigungspolitik zentralen Schlüsselprojekte engagiert vorantreiben.“ Zeile 341-347</p>	<p>CDU/CSU zögern nicht, unter dem Vorwand des Schutzes für militärisches Personal die Bundeswehr mit den völkerrechtlich fragwürdigen bewaffneten Drohnen ausstatten zu wollen. Bewaffnete Drohnen führen zu einer Entgrenzung von Gewalt und treffen im hohen Maße Zivilisten. (9 von 10 Getöteten sind Unbeteiligte)</p> <p>Am Ende dieser Legislaturperiode unter Federführung des CDU-geführten Verteidigungsministeriums steht Deutschland schon mit einem Bein in einem militärischen Mega-Projekt mit Frankreich und Spanien („gemeinsame Rüstungsprojekte mit europäischen Partnern“). FCAS – das Future Combat Air System – ist ein völlig neues System, das u.a. auch autonome, bewaffnete Drohnenschwärme vorsieht. Wird das umgesetzt, kostet das am Ende mehrere 100 Milliarden Euro und gibt auf Jahrzehnte eine militarisierte Außenpolitik vor. Würde Deutschland im Rahmen von FCAS Zugang zu Atomwaffen gelangen, bedeutete das einen Bruch des Atomwaffensperrvertrags.</p>
SPD	<p>„Wir stehen für den bestmöglichen Schutz unserer Soldat*innen. Dazu gehört auch der Einsatz von Drohnen. Die Entscheidung, ob diese auch bewaffnet werden sollen, kann verantwortbar erst nach einer umfassenden politischen und gesellschaftlichen Debatte und der sorgfältigen Würdigung aller Aspekte getroffen werden.“ Seite 63</p> <p>Zu neuen Waffensystemen äußert sich die SPD nicht.</p>	<p>Die SPD sieht immerhin, dass bewaffnete Drohnen die Schwelle zur Gewaltanwendung senken („Trend einer zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt“, 63).</p>
Grüne	<p>„Bewaffnete Drohnen wurden und werden vielfach auch von unseren Bündnispartnern für extralegale Tötungen und andere völkerrechtswidrige Taten eingesetzt. Ein solcher Einsatz ist für uns GRÜNE undenkbar und mit dem deutschen Verfassungs- und Wehrrecht nicht vereinbar. Gleichzeitig erkennen wir an, dass diese Systeme Soldat*innen in gewissen Situationen besser schützen können. Deshalb muss klargemacht werden, für welche Einsatzszenarien der Bundeswehr die bewaffneten Drohnen überhaupt eingesetzt werden sollen, bevor über ihre Beschaffung entschieden werden kann.“ Seite 253</p> <p>Die Grünen sprechen sich gegen autonome Waffensysteme und digitale Waffen (Angriffs- und Spionage-Software) aus. (250-251)</p>	<p>Es ist anerkennenswert, dass der extralegale und grausame Charakter von Kampfdrohneneinsätzen benannt wird.</p> <p>Glaubwürdiger wäre das, wenn sie zugleich gegen die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr eintreten würden; doch eine von ihnen befürwortete Anschaffung „zum Schutz“ von Soldat*innen bleibt eine Anschaffung, die grundsätzlich jeder anderen Nutzung offen steht – auch den „gezielten Tötungen“, wie sie die USA praktizieren.</p> <p>Der Rückgriff der Grünen auf erst zu schaffende Einsatzbestimmungen und internationale Vereinbarungen für autonome Waffensysteme eröffnet die Möglichkeit, sich nicht festzulegen – und trotzdem friedensbewegt zu erscheinen.</p> <p>Hintergrund: Die Grünen sperren sich nicht grundsätzlich gegen direkte oder indirekte, auch völkerrechtswidrige militärische Einsätze (z.B. Jugoslawien, Afghanistan, Syrien, Irak). Die</p>

		<p>Beteiligung an diesen Interventionen wird in der Regel mit dem Schutz von „Menschenrechten“ begründet, aber auch mit der „Stabilisierung“ eines Landes/einer Region (z.B. Sahelzone).</p> <p>Die Grünen wollen eine „moderne Bundeswehr“, was auf Aufrüstung zuläuft. Sie beziehen keine klare Position gegen Drohnen und das FCAS-Projekt.</p>
Linke	<p>Den ... Einsatz autonomer Waffensysteme und bewaffneter Drohnen wollen wir verbieten. Seite 96</p> <p>Keine Drohnen für den Krieg Wer Maschinen für sich kämpfen lässt, entscheidet sich schneller, Gewalt einzusetzen und Menschen anderswo zu töten. Und sie können überall auf der Welt ohne Kriegserklärung, eingesetzt werden, so wie die USA es seit Jahren machen.</p> <p>Die Bewaffnung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen muss verhindert werden. Wir sagen Nein zu Kampfdrohnen, auch nach der Wahl! Deutschland muss einen ersten Schritt tun und generell auf die Bewaffnung von Drohnen verzichten und sich international für eine völkerrechtlich bindende Ächtung von bewaffneten Drohnen einsetzen.</p> <p>Die Bewaffnung von Drohnen kann der erste Schritt auf dem Weg zu autonomen Waffensystemen sein. So sind bei dem milliardenschweren Rüstungsprojekt Future Combat Air System (FCAS) durch künstliche Intelligenz gesteuerte Drohnenschwärme geplant. Wir lehnen das ab.</p> <p>Wir fordern eine weltweite Ächtung von autonomen Waffensystemen. Die Bundesregierung muss eine internationale Initiative dafür starten. In Deutschland soll es keine Forschung mehr für autonome Waffensysteme geben. Seite 136-137</p>	Ein Kommentar erübrigt sich.
FDP	Über bewaffnete Drohnen und/oder KI-gestützte Waffensysteme steht im FDP-Wahlprogramm: nichts	<p>Generell treten die Freien Demokraten „für einen klaren Modernisierungskurs“ der „Ausrüstung“ der Bundeswehr ein, schließlich soll ja deren „Einsatzbereitschaft“ erhöht werden.(69) Und die „teilweise veraltet(en) und nur bedingt einsatzbereit(en) Waffensysteme“(ebd.) erfordern das ohnehin! Das wird teuer und deswegen will die FDP dafür sorgen, dass der Modernisierungsprozess „langfristig finanziell abgesichert“ ist (ebd.) – sicher auch industriepolitisch interessant. Mit der FDP sind neue Waffen und steigende Militärhaushalte sicher!</p>
AfD	Über bewaffnete Drohnen und KI-gestützte Waffensysteme steht im Wahlprogramm der AfD: nichts.	